

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/86

7. Mai 1973

Berlin leistet seinen Entspannungsbeitrag

Vier-Mächte-Abkommen muß Silbe für Silbe
erfüllt werden

Von Klaus Schütz
Regierender Bürgermeister und SPD-Landesvor-
sitzender von Berlin und Mitglied des SPD-
Bundesvorstandes

Seite 1 und 2 / 53 Zeilen

Kartellnovelle stabilisiert die Preise

Inkraftsetzung noch vor der Sommerpause möglich

Von Dr. Uwe Jens MdB
Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Bun-
destages

Seite 3 und 3a / 56 Zeilen

Planungskontrolle: Selbsthilfe des Parlaments

SPD in Rheinland-Pfalz will gesetzliche Grund-
lage schaffen

Von Herbert Bermeitinger
Sprecher des Landesvorstandes und der Landtags-
fraktion der SPD in Rheinland-Pfalz

Seite 4 bis 6 / 100 Zeilen

Auslands-Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Die Geburt der Zusammenarbeit"

Seite 7 und 8 / 72 Zeilen

Berlin leistet seinen Entspannungs-Beitrag

Vier-Mächte-Abkommen muß Silbe für Silbe erfüllt werden

Von Klaus Schütz

Regierender Bürgermeister und SPD-Landesvorsitzender
von Berlin und Mitglied des SPD-Bundesvorstandes

Ob es uns nun gefällt oder nicht: Berlin wird auch in Zukunft nicht so schnell aus dem Blickfeld einer breiten Öffentlichkeit verschwinden. Der freie Teil der Stadt hat sich in Freiheit behauptet und leistet seinen Beitrag zu Frieden und Entspannung in der Welt.

Wir wissen, daß die Situation unserer Stadt nicht isoliert vom Weltgeschehen, die Weltpolitik aber nicht unter Ausklammerung Berlins betrachtet werden kann. Es ist gewiß nützlich, diesen engen Zusammenhang im Auge zu behalten, denn alle wichtigen Stufen des europäischen Entwicklungsprozesses werden auch das Klima in und um Berlin beeinflussen. Das gilt für die Begegnung zwischen Bundeskanzler Brandt und dem sowjetischen Parteichef Breschnjew ebenso wie für jeden Fortschritt der Sicherheitskonferenz in Helsinki oder die bedeutsame Aussage des amerikanischen Präsidentenberater Kissinger, der das Jahr 1973 zum "Jahr Europa" deklariert hat.

Dabei dürfen wir aber auch nicht übersehen, daß nicht jede Einzelheit der bei uns möglicherweise auftretenden Probleme, nicht jedes Knirschen im ansonsten gut ineinandergreifenden Getriebe beispielsweise des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin auf höchster Ebene abgehandelt werden kann. Das hindert uns nicht daran, in nichts von unserer Forderung nachzulassen, daß dieses Abkommen Wort für Wort und Silbe für Silbe von allen beteiligten Seiten anzuwenden und einzuhalten ist. Dieses Vier-Mächte-Abkommen über Berlin hat sich bewährt und kann für nicht wenige der künftigen Bemühungen um ein friedliches Nebeneinander in Europa Pate stehen.

Die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt wird nach übereinstimmender Einschätzung auch kritischer Beobachter in diesem

Jahr weiterhin günstig verlaufen. Mit einer Zunahme des Bruttoinlandproduktes von 4,5 bis fünf vH. werden wir einen deutlichen Aufschwung erleben. Dem entspricht auch die wieder steigende Tendenz von zuwandernden Arbeitnehmern: 22.400 im vergangenen Jahr, 25.000 bis 30.000 für 1973. In dem Zusammenhang wird mir immer wieder die Frage nach dem Wohnungsbau gestellt. Wir haben im letzten Jahr 18.237 Wohnungen an ihre Mieter übergeben können. Rund 60 vH. davon wurden im sozialen Wohnungsbau erstellt. In diesem und im kommenden Jahr werden wiederum insgesamt mehr als 30.000 Wohnungen fertig. Überlegungen, wie besonders der Bestandteil der Sozialwohnungen seinem Zweck entsprechend noch gerechter vergeben werden kann, sind in Gange.

Der seit einem Jahr in allen seinen Folgen sichtbar werdende Prozeß der Entspannung und der Normalisierung wirkt sich in unserer Stadt in vielfacher Beziehung positiv aus. Aktivität und pulsierendes Leben erleben wir nicht nur während der Feiertage. Mehr denn je wird das Bild unserer Stadt davon geprägt, Hunderttausende von Besuchern aus aller Welt machen sich Monat für Monat ein eigens Bild davon.

Auch die Zahl der Ostbesucher ist im Steigen begriffen. Im letzten Jahr wurden noch 225.000 Gäste - vor allem Rentner aus Ostberlin und der DDR - in Westberlin gezählt. Vom 1. Januar bis zum 23. April dieses Jahres haben die DDR-Behörden 89.262 DDR-Bürger aus privaten Gründen die Reise nach Westberlin gestattet. Darunter waren 2.091 Reisende, die aufgrund dringender Familienangelegenheiten - wie zum Beispiel Todesfälle - reisen durften.

(-/7.5.1973/ks/ex)

+ + +

Kartellnovelle stabilisiert die Preise

Inkraftsetzung noch vor der Sommerpause möglich

Von Dr. Uwe Jens MdB

Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Bundestages

Ein Patentrezept für stabilere Preise kann es nicht geben. Um die Preisentwicklung besser in den Griff zu bekommen, müssen wir eine Fülle von kleinen, aber zielgerichteten Maßnahmen ergreifen. Man darf sich dabei nur nicht irritieren lassen, wenn die jeweils Betroffenen bei jedem zusätzlichen Schritt schreien, daß gerade diese Maßnahme nicht wirken kann.

Zu so einer "Politik der kleinen Schritte" könnte z.B. die Aussetzung der degressiven Abschreibung, eine erhöhte Vorauszahlung für die veranlagte Einkommenssteuer, die Einführung der Stabilitätsabgabe für Einkommensbezieher ab 80.000,- DM oder die Begrenzung der Absetzbarkeit der Schuldzinsen auch als Betriebsausgaben für neu aufgenommene Kredite gehören. Ein weiterer Schritt - von denen man sich noch sehr viele ausdenken könnte - wäre mit der baldigen Verabschiedung der Kartellnovelle getan, vor allem dann, wenn damit endlich die Preisbindung der zweiten Hand abgeschafft wird.

Von verschiedenen Interessenten und Institutionen wird noch immer lautstark geleugnet, daß die Kartellnovelle einen Beitrag zur Stabilisierung der Preisentwicklung leisten könnte. Jetzt hat aber auch der Konjunkturrat der Öffentlichen Hand, neben dem Sachverständigenrat, die rasche Verabschiedung gefordert, um den Wettbewerb zu intensivieren und dadurch die stabilitätspolitischen Bemühungen zu verstärken.

Dabei ist die Wirksamkeit der Kartellnovelle für die Stabilisierung der Preise überhaupt nicht zu bezweifeln: Die Kooperationserleichterung für kleine und mittlere Unternehmen, die verbesserte

Mißbrauchsaufsicht über Ausschließlichkeitsverträge und die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen dienen dazu, den Wettbewerb zu verstärken oder ihn noch ein wenig am Leben zu erhalten. Überall dort, wo es mit dem Wettbewerb funktioniert, sind nämlich die Preiserhöhungen in der letzten Zeit deutlich unter dem Durchschnitt geblieben. Dagegen hat es auf Märkten, die von einem oder wenigen Großunternehmen beherrscht werden, besonders kräftige Preissteigerungen gegeben. Hier liegt dann nicht selten so etwas wie Mißbrauch wirtschaftlicher Macht vor.

Leider kann das Kartellamt diesen Machtmißbrauch noch immer nicht wirksam kontrollieren. Erst durch die vorgesehene Novellierung werden dem Amt die notwendigen Gesetzesbestimmungen an die Hand gegeben, um auch diesen Unternehmen besser auf die Finger zu schauen. Allerdings wird das Amt diese Kontrollfunktion nur dann ausüben können, wenn es vorher personell, und zwar mit qualifizierten Beamten verstärkt worden ist.

Einen sofort spürbaren Stabilitätsbeitrag wird die Kartellnovelle nur dann leisten können, wenn mit ihrer Verabschiedung endlich auch die Preisbindung der zweiten Hand fällt. Diese Möglichkeit der Industrie, den Händlern bei sog. Markenwaren vorzuschreiben, welchen Preis sie für diese Waren zu nehmen haben, muß ohne Ausnahme abgeschafft werden. Diese Gesetzesbestimmung hat alle Markenwaren immer verteuert. Das hat sich stets gezeigt, wenn die Preisbindung für einen Artikel mal aufgehoben wurde. Für gebundene Markenartikel ist außerdem der Preiswettbewerb zwischen den Händlern automatisch ausgeschaltet; diese Waren werden den Käufern nicht selten mit Millionenbeträgen "schmackhaft" gemacht. Millionenbeträge in Form von Werbung, die selbstverständlich über den Preis vorher hereingeholt wurden.

Hätten alle Abgeordneten in Bonn immer das Gesamtwohl im Auge, dann könnte dieser Stabilitätsbeitrag "Kartellnovelle" noch vor der Sommerpause vom Bundestag verabschiedet und in Kraft gesetzt werden. Lange genug diskutiert worden ist über dieses Thema!

(-/7.5.1973/ks/ex)

Planungskontrolle: Selbsthilfe des Parlaments

SPD in Rheinland-Pfalz will gesetzliche Grundlage schaffen

Von Herbert Bermeitinger

Sprecher des Landesvorstandes und
der Landtagsfraktion der SPD in Rheinland-Pfalz

Die Planung staatlicher Aktivitäten ist heute unabdingbare Voraussetzung für die Erfüllung der dem modernen Staat gestellten Aufgaben. Die Zeiten, in denen Professor Ludwig Erhard erklären konnte, es laufe ihm ein Schauer über den Rücken, wenn er das Wort "Planung" höre, sind vorbei. Elemente der Planung dringen immer stärker in die Politik ein: Neben Strukturplanungen auf einzelnen Gebieten werden langfristige, politische Rahmenpläne entworfen, in denen Ziele und Prioritäten aller staatlicher Tätigkeiten fixiert werden.

Wir haben es im Hinblick auf das Wechselspiel von Parlament und Regierung mit einem "neuen Phänomen" zu tun. Die Ausübung der parlamentarischen Kontrolle und des Budgetrechts - zweier Verfassungsmäßiger Hauptaufgaben der Legislative - wird durch die Einführung einer langfristigen, politischen Rahmenplanung wie auch durch die bereits in größerem Umfang vorhandenen, mittelfristigen Planungen und Programme in nicht unerheblichem Maße erschwert, denn während der Planbearbeitung stehen dem Parlament nur geringe Einwirkungsmöglichkeiten zu. Und selbst wenn Haushaltsabhängige Pläne dem Parlament bei der Erörterung vorgelegt werden, ist zu diesem Zeitpunkt eine Einflußnahme auf den Inhalt der Planung kaum mehr möglich. Die Abgeordneten sind dabei weitgehend auf die Information der Regierung angewiesen, die einen wesentlichen Informationsvorsprung besitzt.

Daraus wird deutlich, daß allein der Zugang des Parlaments zu den Datenbanken nicht ausreicht, um den vergrößerten Informationsvorsprung der Regierung auszugleichen. Und hier setzt unsere Kritik ein.

Wenn allein die Regierung modernste Managementtechniken an-

wendet, sind für das Parlament Auswirkungen vor allem in drei Richtungen zu erwarten:

1/ Die Regierungspläne werden realitätsgerechter sein, als das bislang möglich war. Dank besserer Informationssammlung und -verarbeitung sind sie genauer auf die sozialen, wirtschaftlichen und natürlichen Bedingungen zugeschnitten. Die Kritik des Parlaments und der Aufbau von Alternativen, die gegenüber den Argumenten der Regierung Bestand haben, werden schwieriger. Die Regierung erhält in der "Sachargumentation" einen deutlichen Vorsprung.

2/ Die integrierte Planung, d.h. die durch systemanalytische Verfahren zu bewirkende Abstimmung zwischen verschiedenen Einzelplänen, hat zur Folge, daß jeder ändernde Eingriff wie eine Störung eines genau ausregulierten Systems wirkt. Das Parlament könnte leicht in die Rolle eines "Störenfrieds" geraten.

3/ Wenn solche modernen Techniken nicht nur zur Sach- oder Aufgabenplanung, sondern auch zur Absicherung der eigenen Machtstellung verwendet werden, wird die Gefahr einer technokratischen Aushöhlung des Parlamentarismus deutlich.

Für die Parlamente in Bund und Ländern muß es deshalb um die Frage gehen, wie Planungsmethoden auch für die eigene Arbeit genutzt werden können. Prinzipiell sind hier drei Lösungen denkbar: Enthaltensamkeit, der Aufbau eigener Systeme oder die Teilhabe an den Projekten der Exekutive.

Der erste Weg erscheint für Sozialdemokraten undenkbar, weil der einen politischen Machtverlust der Legislative bedeutet. Der zweite Weg, der Aufbau eines eigenen, parlamentarischen Informations- und Planungssystems entspricht dem Modell der Gewaltenteilung am ehesten und ist als längerfristige Möglichkeit keineswegs auszuschließen. Doch der Aufbau einer "Gegenverwaltung" ist aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten zurzeit nicht zu realisieren. Als drittes Modell bietet sich deshalb die Teilnahme des Parlaments an den Planungstechniken der Regierung an, die die rheinland-pfälzischen Sozialdemokraten mit unserem Gesetzentwurf anstreben.

Um das schwierige Problem einer rechtzeitigen Einschaltung des Parlaments in die Regierungsplanung zu lösen, ist vor allem vorge-

schlagen worden:

1/ Es muß ein Planungsbegriff gefunden werden, der Regierungsplanung exakt definiert und auf dem man die Mitwirkungs- und Mitentscheidungsrechte des Parlaments aufbauen kann.

2/ Der Planungsprozeß muß der Öffentlichkeit, d.h. dem Parlament transparent gemacht werden: Die Planungskontrolle darf keine Kontrolle im Nachhinein sein, sondern es muß sich um eine begleitende Kontrolle handeln. Dabei muß das Instrumentarium für die Einschaltung des Parlaments in den Planungsprozeß flexibel sein.

3/ Wir betrachten Planung als eine grundsätzliche, der Regierung und dem Parlament gemeinsam gestellte Aufgabe. Das erfordert bei der Planaufstellung und -verwirklichung ein hohes Maß an Kooperation. Die Planungsinitiative des Landtages, das Auskunftsrecht und die Beschlußfassung durch das Parlament sowie die Planbindung sollen dabei helfen.

Die SPD-Fraktion in Mainz weiß, daß sie mit diesem Gesetzesentwurf ein neu aufgekommenes Problem angepackt hat, daß aber ein solches Gesetz allein noch kein Allheilmittel gegen den drohenden Substanzverlust des Parlamentes ist. Die Notwendigkeit und die Zweckmäßigkeit langfristiger Regierungsplanungen werden nicht bestritten. Die erhebliche Ausdehnung der Planung nach Gegenständen, nach Intensität und wechselseitigen Einwirkungen, hat zu einer neuen Dimension geführt, die das Verhältnis von Regierung und Parlament verändert.

Im Zwischenbericht der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages zu Fragen der Verfassungsreform heißt es hierzu "...daß die Planung nicht mehr nur eine Vorbereitung politischer Entscheidungen darstellt, sondern den Charakter einer Vor-Verfügung über politische Entscheidungen gewinnt, insbesondere über solche des Parlaments im Bereich der Gesetzgebung und des Budgetrechts."

Deshalb wollen wir das Parlament, über das bestehende Recht auf Information und nachträgliche Kontrolle hinaus, an den Planungsentscheidungen beteiligen. Wir glauben, mit unserem Gesetzesentwurf eine Lösung angeboten zu haben, die einen Beitrag zur dynamischen Vorwärtsentwicklung der demokratischen Ordnung leistet.

(-/7.5.1973/bgy/ee)

Auslands-Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Die Geburt der Zusammenarbeit"

Unter diesem Titel veröffentlicht die offizielle "Polnische Interpressagentur" / Warschau aus der Feder von Edmund Meclewski einen Artikel zum bevorstehenden Bonn- und Bundesrepublikbesuch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der KPdSU, Leonid Iljitsch Breschnjew. Wir dokumentieren den Beitrag mit geringen Kürzungen.

Das polnische Volk verfolgt mit Aufmerksamkeit, aber auch mit Anerkennung die riesigen Fortschritte und Wandlungen, die in den letzten Jahren auf der europäischen Bühne unter starker und wichtiger Beteiligung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland stattgefunden haben und weiterhin stattfinden. Dank der realistischen Politik dieser Regierung, die sich von Illusionen und Emotionen befreit hat und die bereit ist, mit der Vergangenheit abzurechnen und die Konsequenzen dieser Vergangenheit zu tragen, ist der politische Firmament unseres Kontinents klarer geworden.

Betrachtet man auf diese Weise die Ereignisse, so wird der Besuch Leonid Breschnjews in Bonn - der gleichzeitig die dritte Begegnung des sowjetischen Staatsmannes mit dem Bundeskanzler ist - gewiß als eines der wichtigsten Daten in die Nachkriegsgeschichte Europas eingehen, und ein Meilenstein des großen Wegabschnittes sein, der in so ungewöhnlich kurzer Zeit zum gemeinsamen Ziel Europas - der friedlichen Koexistenz und Zusammenarbeit - zurückgelegt wurde, so wie es bei jedem der beiden vorherigen Treffen zwischen Breschnjew und Brandt der Fall war, wird auch dieses sicherlich eine neue Etappe nicht nur in den gegenseitigen Beziehungen zwischen der UdSSR und BRD, sondern auch in der Geschichte unseres Kontinents eröffnen.

Seit dem ersten Treffen beider Staatsmänner anlässlich der Unterzeichnung des historischen Abkommens zwischen der UdSSR und der BRD, in dem die BRD - ähnlich wie danach in dem mit Polen

unterzeichneten Vertrag - den Status quo Europas der Nachkriegszeit mit der Grenze an der Oder und Lausitzer Neiße anerkannte, währt der gemeinsame Marsch zum neuen, friedlichen Europa. Mit multilateralem Nutzen ist das Berlin-Abkommen in Kraft getreten, und der Vertrag über die Grundlage der Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD wird vom Bundestag sicherlich noch vor dem Besuch Breschnjews ratifiziert werden. Außerdem werden am 7. Mai die formalen Verhandlungen zwischen den Regierungen der CSSR und BRD für den Abschluß des Vertrags über die Grundlagen der Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen beginnen. Am allerwichtigsten ist jedoch die Tatsache, daß die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit Europas bald stattfinden wird. Durch ihre Haltung und neue Politik hat die Regierung der BRD in starken Masse zur Entstehung dieser Lage beigetragen.

Das dritte Treffen zwischen Breschnjew und Brandt wird man also bestimmt als einen Rückblick auf die optimistische europäische Bilanz, auf den großen Wegabschnitt, betrachten können, der auf dem gemeinsamen Marsch zum Europa des Friedens und der friedlichen Koexistenz zurückgelegt worden ist, und als ein Blick in die Zukunft, ein Blick auf die noch weit entfernte, aber doch erreichbare friedliche Zusammenarbeit Europas. Die Marschrichtung ist bekannt und von der Realpolitik abgesteckt worden. Sie führt unabwendbar und bewußt zur Zusammenarbeit und nicht zur Konfrontation.

Dieser Aspekt weckt besonders starkes Interesse in Polen, dem Lande, das seit Jahren und unlängst wieder - hier sei nur an die Rede von Edward Gierek vom 22. März in Poznan erinnert - mit Initiativen und seiner Realpolitik einen Beitrag zum Aufbauwerk eines solchen Europas leistet. Mit den bisher von der Regierung der BRD unterzeichneten Verträgen sind die völkerrechtlichen Grundlagen für die Normalisierung der Beziehungen zwischen der BRD und den sozialistischen Ländern, darunter auch mit Polen, geschaffen worden. In Warschau erwartet man, daß der Besuch Leonid Breschnjews in Bonn zur dynamischeren Gestaltung des Normalisierungsprozesses selbst beitragen wird, und zwar mit beiderseitigem Nutzen, und auch für Europa. Polen ist seinerseits bereit - und daran erinnerte Edward Gierek - seine Bemühungen für diese Sache einzuschalten. (-/7.5.1973/ks/ex)